



29.04.2024

## KOLONIALE PROZESSE IM LANDKONFLIKT ZWISCHEN INDIGENEN BUNONG, DER FIRMA SOCFIN UND DEM KAMBODSCHANISCHEN STAAT

Referat an der Jahresversammlung 2024 von FIAN Deutschland

Als Einstimmung soll eine Geschichte aus Frankreich dienen. Im Jahr 2008 erteilte die französische Regierung einem chinesischen Konzern in einer abgelegenen Region in Südfrankreich eine Landkonzession zur Errichtung einer riesigen Eukalyptus-Plantage. Da die einheimische Bauernbevölkerung als rückständig und politisch vernachlässigbar galt, erachteten es weder die Regierung noch der Konzern als notwendig, die rechtlich vorgeschriebene freie und informierte Zustimmung der betroffenen Bevölkerung einzuholen. Das angestammte Weideland und die Allmenden, die Wälder und die dazwischen zerstreuten Felder wurden beschlagnahmt und die Bauernfamilien von deren weiteren Nutzung ausgeschlossen. Die Wälder liess der Konzern von einer Drittfirma abholzen, welche auch die zerstreuten Landfriedhöfe nicht verschonte.

Nachdem der Konzern eingestehen musste, dass das Konzessionsland eben doch nicht menschenleer war, bot er den Bauernfamilien drei Optionen an: Entweder eine finanzielle Kompensation für das verlorengegangene – und zuvor nicht vermessene – Land anzunehmen. Oder Vertragsbauer innerhalb der Eukalyptusplantage zu werden und auf einem Stück Land Eukalyptus zu bewirtschaften, wobei zuerst eine Verschuldung als Entgelt für die vom Konzern geleisteten Investitionen anstand. Oder Ersatzland gleicher Grösse, aber geringerer Qualität irgendwo in der näheren oder ferneren Umgebung anzunehmen. Manche Bauernfamilien weigerten sich, sich mit diesen Optionen abspesen zu lassen. Diejenigen, die sich auf eine dieser Optionen einliessen, mussten erleben, dass sie schlecht, verspätet oder gar nicht umgesetzt wurde. Bald litten die Bauernfamilien unter Verarmung, Entwurzelung, Zerstörung des sozialen Zusammenhalts, kultureller Desorientierung und Perspektivlosigkeit. Wer gar nicht mehr über die Runden kam, musste sich dazu erniedrigen, sich beim verhassten Konzern als Tagelöhner:in oder Saisonarbeiter:in zu verdingen und unter der harten chinesischen Zucht zu prekären Bedingungen zu arbeiten.

Somit blieb den Bauerngemeinschaften kaum mehr übrig als ihre Dörfer mit anliegenden Restflächen, ein paar Landstreifen entlang der Bäche und zerstreuter Kompensationsparzellen. Mittlerweile sind die Eukalyptus-Wälder bedrohlich nahe an die Dörfer herangerückt.

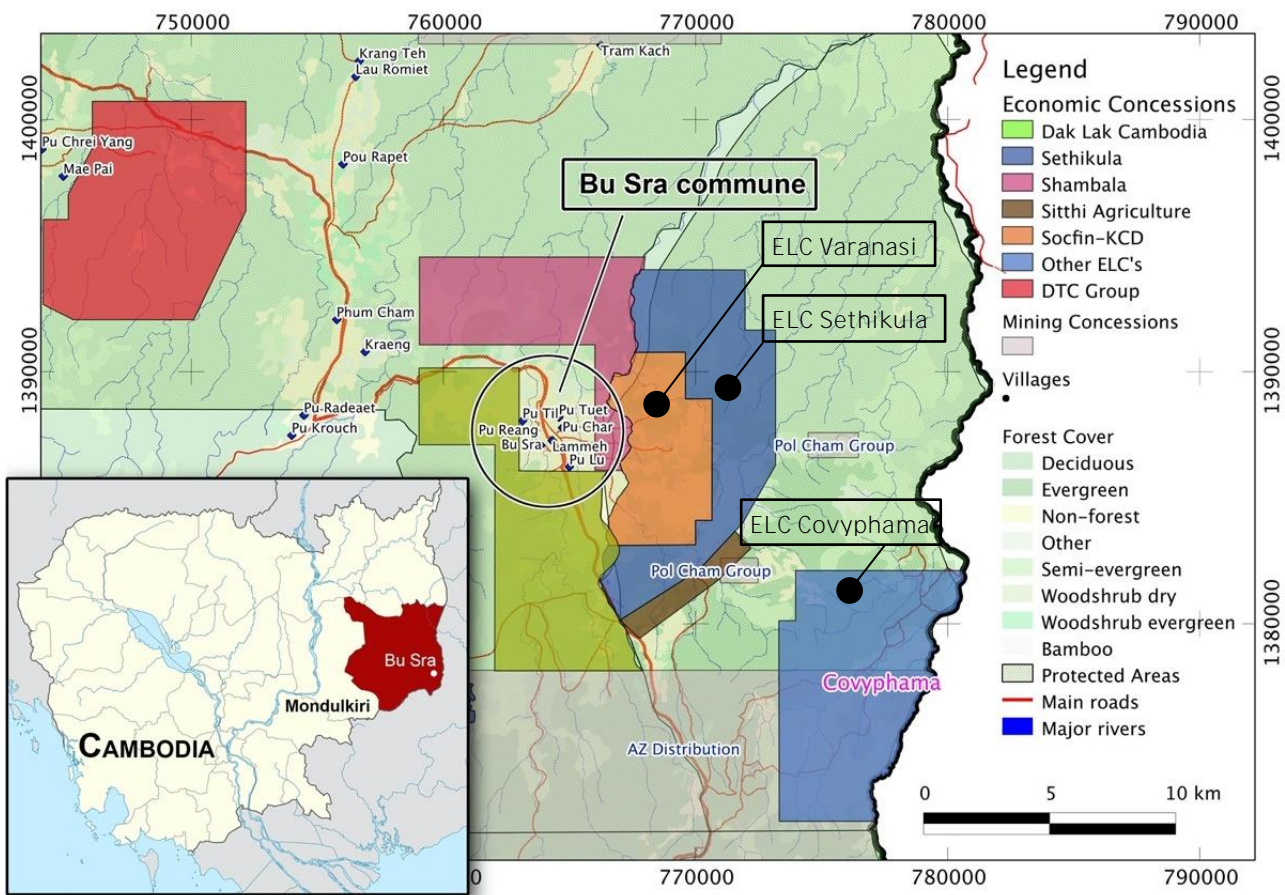
Ab Beginn protestierten die Bauernfamilien vehement beim Konzern, bei den lokalen Behörden, dann bei den Behörden des Départements und schliesslich bei den nationalen Behörden. Aber auch wenn gelegentlich eine Delegation auftauchte, eine Besprechung oder Versammlung abhielt und der Konzern eine Fachstelle für den Austausch mit den Einheimischen einrichtete: Es fruchtete nichts, kein Unrecht wurde anerkannt, kein Land wurde zurückgegeben. Ein Teil der Bauernfamilien schloss sich einer Sammelklage im Heimatland des Konzerns an. Diese blieb bis heute erfolglos, nachdem das Gericht in Beijing nur schon die Klageberechtigung der französischen Bauern und Bäuerinnen abgelehnt hatte.

Nach jahrelangem Konflikt entschloss sich dann eine in Frankreich niedergelassene ausländische Entwicklungsagentur, die von Südkorea, Japan und China finanziert wird, eine Mediation zwischen den betroffenen

Bauernfamilien und dem chinesischen Konzern durchzuführen. Aus Misstrauen und auch wegen des in China laufenden Gerichtsverfahrens schloss sich nur ein Viertel der betroffenen Familien der Mediation an. Die Verhandlungen zwischen den Vertreter:innen der Familien und des Konzerns fanden auf Englisch statt, und die Ergebnisse wurden in chinesischen Schriftzeichen festgehalten. Eine Prämisse war, dass die Parteien über die Ergebnisse der Mediation Stillschweigen zu wahren hätten. Und so wissen wir bis heute nur wenig über die Ergebnisse. Jedenfalls kam die Mediation nach jahrelanger Verschleppung zu einem Ende, indem die teilnehmenden Bauernfamilien den Status quo akzeptierten und im Gegenzug kleine Budgets für Gemeinschaftsentwicklungsprojekte in Aussicht gestellt erhielten. Die geldgebenden ostasiatischen Staaten und Frankreich feierten die Mediation nicht nur als Lösung des gesamten Landkonflikts, sondern gar als Modell für künftige Konfliktlösungen. Mittlerweile sind die Bauerngemeinschaften vom langandauernden Konflikt und dem extremen Machtgefälle dermassen erschöpft, dass sie die Kraft für eine Fortsetzung ihres Kampfes nicht mehr haben.

Diese empörende, kaum zu glaubende Geschichte hat sich zumindest nicht in Frankreich und mit den genannten Akteuren zugetragen. Aber sie gibt aus einer uns nahen Perspektive einen Einblick in die Geschichte, die sich tatsächlich – und genau so! – im fernen Kambodscha ereignete und immer noch nicht zu Ende ist, und in die auch Deutschland verwickelt ist.

Diese Geschichte – oder besser gesagt Tragödie – begann damit, dass der aus Belgien stammende, in Luxemburg eingetragene und von der Schweiz aus gesteuerte Palmöl- und Kautschukkonzern Socfin in den Jahren 2008 bis 2013 sogenannten Economic Land Concessions (ELC) im Ausmass von über 12'000 Hektaren von der kambodschanischen Regierung erhielt.



*Die Economic Land Concessions Varanasi, Sethikula und Covyphama im Besitz von Socfin*

Diese Konzessionen liegen im östlichen Hochland von Kambodscha in der Provinz Mondul Kiri und betreffen ein walddreiches Gebiet, das damals zur Hauptsache vom indigenen Volk der Bunong besiedelt war und genutzt wurde.



*Links: Das Gebiet während der Abholzung (mit einem geretteten heiligen Wald); rechts: Über ein Jahrzehnt danach: eine Kautschukbau-Monokultur (Foto: (Jack Brook/CamboJA)*

Weder die kambodschanische Regierung noch Socfin holten die erforderliche «Freie, vorherige und informierte Zustimmung» der betroffenen indigenen Bevölkerung ein, geschweige denn erhielten sie diese. Darüber hinaus stand das Land nach dem kambodschanischen Landgesetz auch nicht für eine Konzessionserteilung zur Verfügung, und der Staat und das Unternehmen begingen weitere Verfahrensfehler bei der Umsetzung der Vertragsbedingungen. Die Konzessionserteilungen sind somit als illegal einzustufen. Socfin wusste von diesen Mängeln bzw. wurde darauf aufmerksam gemacht, unter anderem durch ein 2009 vorgelegtes juristisches Memorandum und durch die eigene, jedoch unter Verschluss gehaltene Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung von 2010. Diese haben wir glücklicherweise von einer anderen Organisation unter der Hand bekommen. Mit diesem Verhalten bei der Übernahme der Konzessionen verstieß Socfin massiv gegen die menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten.

Hier haben wir es mit einem ersten kolonialen Muster zu tun, von denen nun eine ganze Reihe herausgeschält werden soll: Die Entgegennahme der offensichtlich illegalen Landkonzessionen zeugt von Gleichgültigkeit bzw. Geringschätzung gegenüber dem Recht und der einheimischen Bevölkerung. Der Konzern eignete sich wissentlich Land an, auf das er kein Anrecht hatte.

Die Bunong betrieben Wanderfeldbau, etwas Weidewirtschaft und sammelten Wildfrüchte, Wildgemüse, Heilkräuter, Honig, Harz, Rattan und Bambus. Das Gebiet umfasste auch heilige Wälder, spirituelle Orte und Begräbnisstätten. Die Konzessionsgebiete stellen somit den eigentlichen (ehemaligen) Lebens-, Wirtschafts- und Kulturraum der Bunong dar, auch wenn die Dörfer ausserhalb der Konzessionsgebiete liegen. Socfin liess die Wälder nach und nach abholzen, was natürlich auch im Sinne des Klimaschutzes ein katastrophaler Prozess war. Der Konzern zerstörte den Lebensraum von Hunderten von Bunong-Familien buchstäblich, und nur mit Mühe konnten die Bunong die letzten Reste heiliger Wälder retten. Das Unternehmen ersetzte die natürlichen und äusserst artreichen Wälder durch Monokulturen von Kautschukbäumen. Auf den kleinen Restflächen um ihre Dörfer konnten die Bunong ihre bisherige Form der Landwirtschaft nicht mehr betreiben und mussten eine neue Form der stationären Landwirtschaft auf kleinen Restflächen erlernen.

Dies ist ein zweites koloniales Muster, ja ein kolonialer Gewaltakt: Der Ausschluss der einheimischen Bevölkerung aus ihrem angestammten Lebens-, Wirtschafts- und Kulturraum, dessen nahezu totale Zerstörung und Umwandlung in eine Monokultur exotischer Bäume durch einen ausländischen Konzern.

Wir gehen davon aus, dass Socfin den gesamten oder zumindest einen Grossteil des auf den Plantagen gewonnenen Kautschuks in Industrieländer exportiert. Der Rohstoff wird nicht in der Region gebraucht und verwertet, und ist somit für die Region nicht von praktischem Nutzen. Unter anderen sind Reifenhersteller wichtige Abnehmer von Naturkautschuk. Im beschlagnahmten Gebiet der Bunong wird somit ein Rohstoff produziert, der aus der Region abgeführt wird und in Reifen und anderen Produkten vor allem im globalen Norden Verwendung findet. Dies stellt in realer Hinsicht einen Missbrauch der landwirtschaftlichen Nutzfläche dar.

Die Erlöse aus dem Kautschukverkauf fallen im globalen Norden an. Nur ein vermutlich kleiner Teil dürfte ins Hochland von Kambodscha zurückfliessen und ein vernichtend kleiner Teil in die Lohntüten der wertschöpfenden Plantagenarbeiter:innen. Ein erheblicher Teil dürfte die Konten der sich genüsslich zurücklehrenden Aktionär:innen im globalen Norden anwachsen lassen. Der Konzern enthält der Region und den Arbeiter:innen somit den grössten Teil des Wertes vor, der durch die Gewinnung, den Export und den Verkauf von Kautschuk erzielt wird. Dies entlarvt auch den Euphemismus des Begriffs «Wertschöpfungskette»: Der durch die Plantagenarbeiter:innen

---

geschaffene Wert, der im globalen Norden in verwertbare Erlöse umgewandelt wird, wird primär in die Konten der Manager:innen und Aktionär:innen geschöpft. Wie es ein Vertreter von Alliance Sud kürzlich auf den Punkt brachte: «Das koloniale Geschäftsmodell, Rohstoffe und Arbeitskräfte anderer Länder auszubeuten, um wirtschaftliches Wachstum in den kapitalistischen Gesellschaften des Nordens zu fördern, ist bis heute nicht überwunden.»

Darin erkennen wir ein drittes koloniales Muster: Der Anbau von Agrarrohstoffen auf beschlagnahmtem Land, deren Export und Vermarktung und die weitestgehende Einbehaltung der Erlöse im globalen Norden. Der Missbrauch indigenen Territoriums für den Profit europäischer Manager:innen und Anleger:innen, unter Inkaufnahme der Entwurzelung und Verarmung der einheimischen Bevölkerung.

Regierungen und Unternehmen behaupten regelmässig, dass Landkonzessionen und Plantagen neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen. Doch diese beschränkte Sichtweise blendet die Tatsache aus, dass die Errichtung der Plantagen zuvor zahlreiche Existenzen zerstört hat. Und sie ignoriert auch hier die Tatsache, dass die Bunong diese Lohnarbeit gar nicht suchen, sondern gezwungen sind, sie anzunehmen, nachdem sie ihre ursprüngliche Lebensgrundlage verloren haben. Für die Bunong ist es zutiefst erniedrigend, als Tagelöhner:in oder Lohnarbeiter:in für ein Unternehmen zu arbeiten, das ihnen zuvor ihren Lebensraum genommen hat. Ausserdem ist diese Art von Arbeit für sie völlig fremd. Früher arbeiteten sie selbstbestimmt im Rhythmus der Natur und mit der Natur, und entsprechend ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten. In den Plantagen sind sie einem starren Rahmen, Fremdbestimmung, monotoner Arbeit und strengen Tagesvorgaben unterworfen. Für das Unternehmen zu arbeiten sei fast so, als wäre man ein Sklave des Unternehmens. Fast alle Bunong, die im Rahmen der Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung befragt wurden, gaben an, dass sie lieber zu ihrer traditionellen Form des Wanderfeldbaus zurückkehren würden.

Dies ist ein viertes koloniales Muster: Die Zerstörung der wirtschaftlichen Existenzgrundlage der lokalen Bevölkerung bzw. ihres selbstbestimmten Wirtschaftens, und der Ersatz mit wenigen (und wohl zumeist) prekären Jobs in einem kapitalistischen, starren System, wo sich Arbeiter:innen nach eigenem Zeugnis wie Sklav:innen vorkommen.

Den betroffenen Gemeinschaften gelang es im Jahr 2014, einen tripartiten Verhandlungsprozess mit Socfin und den lokalen Behörden nach traditioneller Konfliktlösungsweise einzuleiten. Der Prozess war vielversprechend und führte zu einigen Lösungen, doch 2016 waren die finanziellen Ressourcen der Gemeinschaften für den Prozess erschöpft, und viele Konflikte blieben ungelöst.

In dieser Situation gab das von der Schweiz, Deutschland und Luxemburg kofinanzierte Projekt «Mekong Region Land Governance» ([MRLG](#)) im Jahr 2017 der kambodschanischen Organisation «Independent Mediation Group» (IMG) den Auftrag, eine Mediation durchzuführen.

Diese Mediation widersprach von Anfang an menschenrechtlichen Grundprinzipien: Erstens war der Staat als menschenrechtlicher Pflichtenträger – und Hauptschuldiger – keine Mediationspartei; es waren bloss lokale Behördenvertreter als Beobachter dabei. Die Mediation fand nur zwischen Vertreter:innen der teilnehmenden Familien und von Socfin statt. Zweitens wurde das Prinzip der Transparenz verletzt, da die Familienvertreter:innen dazu gedrängt wurden, zu Beginn eine Vertraulichkeitsvereinbarung zu unterzeichnen. Aus Angst, diese Vereinbarung zu brechen, hielten sie sie dermassen strikt ein, dass sie nicht einmal die vertretenen Familien ausreichend informierten. Die Mediation wurde schliesslich nach langer Verschleppung 2022 mit einem '[Joint statement](#)' abgeschlossen. Die Vertraulichkeit wird weiter beibehalten, sodass die 210 teilnehmenden Familien immer noch unzureichend über die Ergebnisse informiert sind und die über 800 übrigen Familien nahezu gar nicht. Dies ist u.a. deswegen skandalös, da ein Teil der Vereinbarungen auch Gemeinschaftsland betrifft, das wohl nicht nur den Familien gehört, die an der Mediation teilgenommen haben. Weiter scheinen auch die geldgebenden europäischen Institutionen keine genauere Kenntnis von den Ergebnissen zu haben. Drittens ging der elementare Aspekt der Rechenschaft und Durchsetzung offensichtlich vergessen, wenn er nicht gar bewusst übergangen wurde. Die Vereinbarungen können gemäss Aussage von MRLG höchstens mit der Hilfe lokaler Beamter oder Gerichte durchgesetzt werden – wieviel diese Option angesichts der endemischen Korruption wert ist, muss nicht weiter ausgeführt werden.

Trotz Geheimhaltungspflicht haben wir unter der Hand die Vereinbarungen eines Dorfes erhalten, jedoch ohne die z.T. entscheidenden Anhänge und Karten bzw. GPS-Dateien. Anhand dieser dürftigen Unterlagen sind wir provisorisch zu einem schockierenden Ergebnis gekommen:

**Die Analyse des 'Joint statement' kommt zu folgendem schockierendem Ergebnis:**

- in Bezug auf das Gemeinschaftsland: Der Status quo wird offiziellisiert.
- in Bezug auf das Land entlang der Flüsse: Der Status quo wird fixiert.
- in Bezug auf die Kautschuk-Vertragsbauern: Die Behandlung der Beschwerden wird auf künftige Verhandlungen verschoben (!), und Socfin repariert alljährlich 100 m (!) an Strassen.
- in Bezug auf das Landwirtschaftsland: Der Status quo bezüglich Land und Entschädigungen wird fixiert. Socfin **verspricht Projektbudgets für 'community development' (aber nur für die an der Mediation beteiligten Familien)**, mit je nach Dorf unterschiedlichem Umfang und Dauer.

Wir haben Einblick in die Vereinbarungen eines Dorfes erhalten. In den streng juristisch und in der Fremdsprache Khmer abgefassten Vereinbarungen geben die Familienvertreter:innen alle Ansprüche auf Entschädigungen und Land auf und bestätigen, dass sie die Vereinbarungen ohne Zwang oder Drohung eingegangen seien, dass sie Erläuterungen erhalten und die Inhalte von Verhandlungsbeginn bis Unterzeichnung vollständig verstanden hätten – was natürlich nicht der Fall war.

Mit Bezug auf die wirtschaftlich, sozial und kulturell entscheidenden Fragen von Zugang zu und Nutzung von Land ergibt sich: Nichts ändert sich aufgrund der Mediation, kein Land wird zurückgegeben.

Damit fuhr Socfin einen vollen Erfolg ein: Der Status quo wird zementiert und vordergründig legalisiert (auch wenn er wegen der illegalen Landkonzessionen selbstverständlich illegal bleibt). Was die betroffenen Familien **im Gegenzug faktisch aus diesem Prozess erhalten, ist das Versprechen von unklaren und limitierten 'community development'-Budgets** und vernachlässigbare Strassenreparaturen. Damit erkaufte sich Socfin die Festschreibung des Status quo und dessen **'Legalisierung' richtiggehend, und erst noch auf billige Art.**

Wir können nur folgendes Fazit ziehen: Anstelle des Staates wurden die Bunong in den Verhandlungen vorgeschoben, vom Konzern über den Tisch gezogen und im Mediationsprozess verheizt.

Das Unterfangen war wohl ein gut gemeinter Versuch der Geberstaaten Schweiz, Deutschland und Luxemburg. Doch sie unterstützten tragischerweise – wohl unabsichtlich, aber unkritisch – den Abschluss und die Weisswaschung eines kolonialen Prozesses in der Gegenwart, ohne dass der Landkonflikt gelöst wurde und die entrechteten und entwurzelten Gemeinschaften Wiedergutmachung erhielten. Daraus erwächst den Geberstaaten eine bedeutende Verantwortung.

In der Mediation erkennen wir weitere koloniale Muster: Ein extremes Machtungleichgewicht zwischen multinationalem Konzern und indigener Bevölkerung und die Interaktion in kulturell fremdartiger Weise.

Die Auftraggeberin der seit längerem kritisierten Mediation beauftragte anschliessend selbst das Australian Disputes Centre mit der Evaluierung der Mediation. Deren [Bericht](#) lobt in der Art einer Werbe- und Rechtfertigungsbroschüre die Mediation über alle Massen. Er schwärmt von Werten wie «kommerziellen Möglichkeiten», «Cash Crops» und «Einkommensströmen» für die Bunong, die endlich «effiziente Bauern» werden könnten. Wegen der grundsätzlich tendenziösen Haltung und zahlreichen methodischen und inhaltlichen Mängeln kritisieren wir den Bericht scharf. Insgesamt wäscht das Machwerk die Mediation weiss, welche ihrerseits die koloniale Landaneignung weissgewaschen hatte.

Auch in der Evaluation setzte sich die koloniale Haltung fort: Mit der Evaluation wurde ein westlich-kapitalistisches Unternehmen beauftragt. Weder liess sich dieses auf die spezifische Kultur der Bunong ein, noch respektierte es sie. Die Agentur stülpte fremde «Werte» über und nahm naiv an, dass diese den Einstellungen und Bedürfnissen der Bunong entsprächen.

Immerhin legt der Bericht ahnungslos eine unausgesprochene Prämisse der Mediation offen: «[...] the Community was pragmatic. They recognised that the land now in Socfin Cambodia rubber plantations would not be returned to them» mit der seltsamen Begründung «the land was no longer in its original state».

Die Mediation und die Evaluation basieren offensichtlich auf der unhinterfragten Annahme, dass die indigene Bevölkerung und ihr Lebens-, Wirtschafts- und Kulturraum weniger wert sind als ein europäischer Konzern, seine Plantagen und wirtschaftlichen Interessen. Die einheimische Bevölkerung wird offensichtlich als zweitklassig gegenüber den europäischen Aktionär:innen des Konzerns angesehen.

Schockiert stellen wir darin weitere grundlegende Muster des Kolonialismus fest: Klassendenken und, in letzter Konsequenz, Rassismus – auch wenn es sich wohl um strukturellen Rassismus handelt, was ihn aber keinesfalls entschuldigt.

Kapitalistische Geschäftsinteressen prallten und prallen auf indigene Lebenswelt. Geschäft gegen Leben. Die Prioritätenfolge sollte eigentlich klar sein. Bloss ist es hier umgekehrt: Die Geschäftsinteressen des ausländischen Konzerns zählen – offiziell durch die Mediation beglaubigt – mehr als die Lebensnotwendigkeiten und die

völkerrechtlich und national verbrieften Rechte der einheimischen Bevölkerung. Auch wenn die Lebensnotwendigkeiten der Aktionär:innen von Socfin bei einer allfälligen Einschränkung ihrer wirtschaftlichen Erträge kein bisschen berührt wären.

Fassbarer wird dies, wenn wir auf die fiktive Geschichte vom Anfang zurückzukommen: Müssten die französischen Bauern und Bäuerinnen den Verrat durch die eigene Regierung, die Landnahme durch den chinesischen Konzern und die Festschreibung des Status quo in einer gescheiterten Mediation akzeptieren? Würden wir das akzeptieren? Natürlich nicht, denn die französischen Bauern und Bäuerinnen sind ja Menschen und Bürger:innen wie wir! Aber für viele Entscheidungsträger:innen ist ein indigenes Volk in einem abgelegenen Teil Kambodschas eben zweitklassig und hat sich den wirtschaftlichen Interessen und Fakten eines transnationalen europäischen Konzerns unterzuordnen. Das ist, mit Verlaub, staatlich akzeptierter und geschützter struktureller Rassismus!

Wir müssen deshalb die rassistischen Prämissen zertrümmern, auf deren Basis der Landkonflikt bis anhin gehandhabt wurde. Eine Landrückgabe ist an und für sich weder undenkbar noch undurchführbar. Wo eine Plantage errichtet wurde, kann sie auch wieder aufgegeben und zumindest verlassen werden, wenn nicht in Richtung des vorherigen Zustands zurückgeführt werden. Und dafür gibt es gute rechtliche Gründe: Nur schon der [Vertrag zur Varanasi-Landkonzession](#) hält fest, dass Socfin bei einer Vertragsbeendigung aufgrund von Verstößen «die Landschaft wiederherstellen und regenerieren» muss.

**14.3 In the case that the contract terminated because of fault of Party "B", this party shall bear responsibilities in accordance with the law and regulations to the damages of environment, such as forest, and Party "B" must restore and rehabilitate the forestry, environment to become same condition as before contract implementation.**

*Ausschnitt aus dem Vertrag zur Varanasi-Landkonzession*

Auf internationaler Ebene besagt die Erklärung der Vereinten Nationen zu den Rechten indigener Völker ([UNDRIP](#)), dass diese das Recht auf Wiedergutmachung haben – unter anderem durch Wiederherstellung – für Ländereien, die sie traditionellerweise besessen haben und die ohne ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung konfisziert wurden – was hier vollständig zutrifft. Und sowohl Kambodscha als auch Deutschland und die Schweiz stimmten 2007 für die Annahme dieser Erklärung, womit sie sich zu ihrem Inhalt bekennen.

#### *Article 28*

**1. Indigenous peoples have the right to redress, by means that can include restitution or, when this is not possible, just, fair and equitable compensation, for the lands, territories and resources which they have traditionally owned or otherwise occupied or used, and which have been confiscated, taken, occupied, used or damaged without their free, prior and informed consent.**

*Ausschnitt aus der UN-Erklärung zu den Rechten indigener Völker*

Der Wirtschafts- und Sozialausschuss der Vereinten Nationen geht in seiner [Allgemeinen Bemerkung Nr. 26](#) zu Land und wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten von 2022 sogar noch einen Schritt weiter, indem er sagt, dass dieses Recht auf Rückgabe und Wiederherstellung auch bei einer rechtmässigen Übertragung der Ländereien an Dritte bestehe – was vorliegend nicht einmal der Fall war:

rights of Indigenous Peoples to their lands and territories.<sup>22</sup> Both the Inter-American Court of Human Rights and the African Commission on Human and Peoples' Rights have taken the view that Indigenous Peoples who have unwillingly lost possession of their lands without their free and prior consent after a lawful transfer to third parties "are entitled to restitution thereof or to obtain other lands of equal extension and quality".<sup>23</sup>

*Ausschnitt aus der Allgemeinen Bemerkung Nr. 26 des UN-Wirtschafts- und Sozialausschusses*

Ich bin mir bewusst, dass die Vorstellungen von Landrückgabe und Wiederherstellung in der jetzigen Situation als utopisch und chancenlos erscheinen. Aber dafür müssen wir diese jetzige Situation ändern, und zwar die mentale Situation möglichst vieler Beteiligten: Bewusst machen, wie kolonialistisch und rassistisch bis anhin gedacht und gehandelt wurde; bewusst machen, was eigentlich recht und billig ist; und das bis anhin Undenkbare denkbar machen. Dann wird das vermeintlich Chancenlose schon etwas machbarer. Auch wenn es jetzt noch so utopisch ist: Einfach nichts sagen und nichts unternehmen dürfen und können wir nicht.

Abschliessend sei zusammengefasst, was wir aus dieser tragischen Geschichte, die nur eine unter Tausenden ähnlichen ist, im Hinblick auf Kolonialismus gelernt haben:

- Es ist wichtig, zu differenzieren in militärischen Kolonialismus (im Sinne von direkter Herrschaft von Staaten über ein anderes Gebiet), politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und Klima-Kolonialismus. Während der militärische Kolonialismus wohl weitgehend zu Ende ist, sind es der politische, wirtschaftliche, kulturelle und Klima-Kolonialismus bei Weitem nicht. Sie haben immer noch eine zwar verdeckte oder verdrängte, aber ungeheure Wirkmacht.
- Kolonialismus als Grundphänomen – egal, ob politisch-militärisch, wirtschaftlich oder kulturell – hat somit nie aufgehört. Der Kolonialismus – seit seiner Entstehung eine komplexe, heterogene Erscheinung – hat sich bloss immer nur gewandelt.
- Begriffe wie «postkolonial» und «neokolonial» verschleiern diese Tatsache, auch wenn sie im Kontext ihrer Entstehung wohl eine Berechtigung hatten. Ich spreche deshalb lieber vom «gegenwärtigen» oder «andauernden» Kolonialismus.
- Mit seiner nahezu weltweiten Ausdehnung und der über Jahrhunderte bis heute anhaltenden Existenz ist der Kolonialismus keine räumlich fragmentierte und zeitlich isolierte Erscheinung der Geschichte. Er ist – leider – die Grundlage unserer heutigen Weltordnung.

► Mehr Informationen zum Landkonflikt: [Themen-Webpage](#) von FIAN Schweiz



Michael Nanz